



Bundesrat beantragt Mittel für den Agglomerationsverkehr

ACS lehnt "Verzögerung aus finanzpolitischen Gründen" bei der Realisierung von aus dem Infrastrukturfonds finanzierten Projekten des Agglomerationsverkehrs ab

Aus dem Infrastrukturfonds stehen während 20 Jahren sechs Milliarden Franken für den Ausbau der Strassen- und Schieneninfrastrukturen in Städten und Agglomerationen bereit. Das Parlament hat davon bereits rund 2,6 Milliarden Franken für 23 dringende und baureife Projekte freigegeben. In seiner Botschaft zum Programm Agglomerationsverkehr zeigt der Bundesrat nun auf, wie die restlichen 3,4 Milliarden Franken verwendet werden sollen.

Im Zentrum der Vorlage, welche der Bundesrat heute dem Parlament überwiesen hat, steht die Freigabe der Mittel ab dem Jahr 2011. Insgesamt 26 Agglomerationsprogramme erhalten Bundesgeld. Gesprochen werden die Mittel je nach Dringlichkeit und Wirksamkeit. Die 1,5 Milliarden Franken fliessen nicht nur in die grossen Agglomerationen Zürich, Basel, Genf, Bern und Lausanne-Morges, wo die Verkehrs- und Umweltprobleme am grössten sind, sondern auch in die kleineren Agglomerationen, die so ihre Verkehrssysteme ebenfalls optimieren können.

Der Infrastrukturfonds wird vollumfänglich aus vom Strassenverkehr erhobenen Treibstoffabgaben, die der Zweckbindung unterliegen, alimentiert. Er wurde geschaffen, um eine von konjunkturellen Schwankungen und Budgetdiskussionen unabhängige Finanzierung sicherzustellen.

"Der Infrastrukturfonds stellt ausreichend Mittel für den Agglomerationsverkehr zur Verfügung und garantiert die zeitgerechte Fertigstellung des Nationalstrassennetzes. Ausserdem führt er zu einer besseren und stetigeren Planung und Finanzierung der Infrastrukturen." So hiess am 13. April 2005 in einer Medienmitteilung des Bundes.

Der ACS betrachtet es vor diesem Hintergrund als einen Affront, wenn der Bundesrat in seiner heute verabschiedeten Programmbotschaft festhält, dass eine spürbare Kürzung der jährlichen Einlage in den Infrastrukturfonds in den kommenden Jahren nicht ausgeschlossen werden kann und dies zu Verzögerungen bei der Realisierung der in der Botschaft enthaltenen Projekte führen werde.

Medienkontakt:

Niklaus Zürcher
Direktor Automobil Club der Schweiz
Telefon direkt: 031 328 31 22